

Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2017 der Stadt Sinsheim

Harald Gmelin, Fraktionssprecher Freie Wähler

20.12.2016

(es gilt das gesprochene Wort)

Was wir alle im vergangenen Jahr schon prognostiziert haben ist eingetroffen: nämlich, dass das neue Haushaltsrecht neben einigen Vorteilen eines nicht gebracht hat: Mehr Geld oder besser gesagt, ein besseres Gesamtergebnis. Dieses Gesamtergebnis möchte ich auch meinen Ausführungen voranstellen. Wir sollten es nämlich bei allem was wir beschließen immer bedenken, und es schwebt wie eine Art Damoklesschwert über uns und es steht auch im § 1 der heute zu beschließenden Haushaltssatzung ziemlich weit vorn. Dort steht nämlich: minus 2,271000 Millionen €. Dieser Betrag ist das Gesamtergebnis unseres Ergebnishaushalts und er hat ein minus als Vorzeichen, was uns zeigt, dass wir mehr ausgeben als wir einnehmen. Auch der Nichtfachmann weiß, dass dies bedenklich ist.

Richtig: uns geht es vielleicht besser als manchen vergleichbaren Gemeinden, aber trotz der guten Einnahmesituation, die sich ja gegenüber dem ersten Entwurf durch den neuen Haushaltserlass noch verbessert hat, ist unser Ergebnishaushalt nicht ausgeglichen und endet mit dem bereits erwähnten minus. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Vorteil der neuen Haushaltsrechnung, man sieht auf den ersten Blick in den Gesamtergebnishaushalt, dass sich an diesem minus, jedenfalls nach Plan, bis 2020 nichts ändern wird. Die Zahlen werden sich etwas ändern, aber das Minus nicht, und deshalb muss es unsere Aufgabe und unser Ziel sein, dieses Minus, in welchem jetzt auch Abschreibungen enthalten sind, nicht ausufern zu lassen. Und das bedeutet, dass wir, und insoweit wiederhole ich mich seit Jahren, nicht alles haben können was wir uns wünschen, und dass wir auch Zurückhaltung bei den Standards üben müssen wobei ich davon ausgehe, dass das RP uns im Genehmigungsverfahren zu diesem Haushalt wieder auf diese Umstände hinweisen wird. Und das wird schwierig angesichts der anstehenden Projekte insbesondere im Baubereich. Ich verweise beispielsweise auf das Dreikönigsquartier, die Stadthalle eventuell mit Parkhaus, wo sich bei der Innenausstattung die Frage des Standards stellen wird, den Bebauungsplan Innenstadt Ost/Wiesental, Schulhausbau, Straßen- und Wegebau usw. Auf einige Punkte des Haushalts, die uns besonders wichtig erscheinen, möchte ich kurz eingehen und dabei mit uns selbst also dem Gemeinderat beginnen.

Das kommende Jahr wird uns die Einführung in die digitale Arbeitswelt bringen, eine Entwicklung, die nicht nur Papier und Porto spart, so dass die vorgesehenen 76.000 € schon allein deshalb gut angelegt sind, es handelt sich auch um eine Entscheidung, die unumgänglich ist, und die in einigen Jahren nach dem Ende der wahrscheinlich auftretenden Anfangsschwierigkeiten eine Selbstverständlichkeit sein wird. Selbstverständlich wird der Einzug der Digitalisierung in den Gemeinderat aber nicht den Denkaufwand ersetzen, den jedes Mitglied des Gremiums betreiben muss bevor er oder sie eine Entscheidung trifft. Das nimmt uns niemand ab und wir würden uns freuen wenn auch in der Bevölkerung dieser Aufwand und die Arbeit des Gemeinderats überhaupt etwas mehr zur Kenntnis genommen werden würde. Das Bürgerinformationssystem ermöglicht es zwar jeder Bürgerin und jedem Bürger über das Internet von der Arbeit des Gemeinderats Kenntnis zu nehmen. Aber zusätzlich vielleicht noch ein Besuch unserer Gemeinderatssitzungen hätte für viele den unschätzbaren Vorteil informiert zu sein, bevor man sich entschließt, Entscheidungen des Rates u. der Verwaltung zu kritisieren. Wobei ich absolut nichts gegen Kritik habe, im Gegenteil: zeigt sie doch, dass wenigstens Interesse besteht. Aber die Grundlage einer jeden

Kritik sollte eine fundierte Faktenkenntnis sein. Und wir sollten nicht noch Wasser auf die Mühlen derjenigen leiten, die das postfaktische Zeitalter heraufbeschwören, also das Zeitalter, in dem Fakten keine Rolle mehr spielen, und von dem ja derzeit allenthalben die Rede ist. Wir legen großen Wert darauf, dass unsere Bürgerinnen und Bürger offen informiert werden über das, was geplant ist, und wir würden es sehr begrüßen, wenn nicht nur dann Gemeinderatsentscheidungen zu Kenntnis genommen werden, wenn sie eine persönliche Betroffenheit zur Folge haben, sondern auch dann wenn allgemeinen interessierende Probleme auf der Tagesordnung stehen. So haben wir natürlich nichts gegen Bürgerinitiativen die sich gegen zum Beispiel Umgebungslärm oder Flüchtlingsunterkünfte bilden. Aber wir, ich bin das ganz besonders, sind schon sehr enttäuscht darüber, wenn in zwei öffentlichen Sitzungen, in denen der Haushalt unserer Stadt, in dem es um viele Millionen Euro geht beraten wird, praktisch kein interessierter Bürger anwesend ist. Und was hätte man, wenn man da gewesen wäre, alles mitbekommen können:

Man hätte zum Beispiel in Erfahrung gebracht, dass wir den Bebauungsplan Innenstadt Ost/Wiesental beschlossen haben und man hätte, wäre man da gewesen, auch in Erfahrung gebracht, dass wir damit nicht planen, das Wiesental zu zu bauen sondern lediglich die Möglichkeit schaffen, den Bereich zwischen Friedrichstraße und Lilienthalstraße einer wie auch immer gearteten Bebauung zuzuführen. Einer Bebauung, die zwischen dem Wohnmobilplatz und dem Ilvesbach und dann weiter nach Osten hinter dem Katharinen Stift Wohnungen schaffen kann, die wir benötigen. Und zwar diesmal auch bezahlbare Wohnungen. Das ist ein Fall der Nachverdichtung, die wir unbedingt betreiben müssen, bevor wir im Außenbereich uns wieder dem Landschaftsverbrauch zuwenden. Nur wenn wir und das gilt für den Zentralort und die Ortsteile, innerorts die dort zur Verfügung stehenden leeren Grundstücke nutzen und zwar auch zum Bauen in die Höhe, ob uns das jetzt optisch gefällt oder nicht spielt nicht unbedingt eine Rolle, können wir den Landschaftsverbrauch bremsen. Natürlich funktioniert das nicht immer wie zum Beispiel das neue Baugebiet in Hoffenheim oder das geplante Baugebiet Michelsbild zeigt. Aber gerade Letzteres stellt eigentlich eher eine Abrundung dar als einen massiven neuen Eingriff in die Landschaft. Auch das Baugebiet Bühl-Wanne in Eschelbach ist nach unserer Auffassung ein gutes Beispiel für Nachverdichtung. Und wer sich gegen ein solches Baugebiet wendet, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, umweltschädliche Neuerschließungen auf der grünen Wiese zu bevorzugen. Die Fraktion der Freien Wähler will dies jedenfalls nicht.

Wenn wir schon bei den Baugebieten sind, soll nicht vergessen werden, dass wir durch die Umwandlung des Industriegebiets Sinsheim Süd in ein Freizeitgebiet jetzt für Sinsheim keine nennenswerten Gewerbeflächen mehr zur Verfügung haben. Das wird uns zu künftigen Überlegungen in dieser Richtung zwingen. Trotzdem haben wir die Umwandlung des Gebiets begrüßt, weil diejenigen Industrieunternehmen, die für dieses Gebiet eigentlich vorgesehen waren, eben nicht gekommen sind. Und bevor dort gar nichts geschieht, lassen wir lieber Freizeiteinrichtungen zu, zumal die bereits vorhandene, zumindest bisher, auch für die Stadt Sinsheim eine echte Erfolgsgeschichte ist. Aus diesem Grunde begrüßen wir auch die geplante Erweiterung im Bereich der Badewelt und hoffen, dass diejenigen, die jetzt noch Gegner der Umplanung sind sich eines Besseren besinnen werden, und dass man sich zum Wohl aller dort angesiedelten Betriebe einigen kann. Wir sind sicher, dass man dort gegenseitig voneinander profitieren kann.

Von den Baumaßnahmen darf ich kurz drei große Projekte herausgreifen, die in diesem Haushalt finanziert oder teilfinanziert sind: Dreikönigsquartier, Schulhausneubau Theodor-Heuss-Schule und Bauhof II. Bauabschnitt.

Der Bereich um das Dreikönigsgebäude ist ein zentraler Ort in Sinsheim. Zentraler geht es nicht. Und dort ein Gebäude stehen zu haben, das, bisher jedenfalls, dem Verfall anheim gefallen ist, wäre unverantwortlich. Deshalb begrüßen wir es, dass jetzt endlich dort etwas geschieht zusammen mit der so genannten Würfelscheune, die zu einem kleinen Kulturzentrum werden soll. Erfreulicherweise können wir hier Zuschüsse verzeichnen, so dass ich ziemlich sicher bin, dass die Realisierung der uns vorgestellten Planung zwar wohl nicht ganz billig aber sehr ansprechend zu werden scheint.

Teuer wird auch der geplante An- und Umbau der Theodor-Heuss-Schule. Er war ja wegen der Frage, ob ein solcher Anbau in diesem enormen Umfang überhaupt notwendig ist nicht ganz unumstritten. Mit ihm wird aber der Tatsache Rechnung getragen, dass es eben keine sinkenden Schülerzahlen mehr gibt und wir sorgen damit dafür, dass unsere Kinder beste Rahmenbedingungen für ihre Ausbildung bekommen. Dass während der Bauzeit einige Kinder Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen müssen lässt sich kaum vermeiden und wird auch bei den Kindern sicherlich keine bleibenden Schäden hinterlassen. Und sowohl die Schulleitung als auch die Verwaltung haben sich nach unserer Überzeugung sehr bemüht, die Beeinträchtigungen zumindest zu minimieren. Die Existenz der Sidlerschule hat uns dabei sehr geholfen und wir sind froh, dass dieses Schulgebäude noch vorhanden ist, so dass wir uns damit die umfangreiche Aufstellung von Containern ersparen konnten. Die Kritik einiger weniger an der vorübergehenden Umsiedlung der Kinder in die Sidlerschule ist deshalb nur schwer verständlich.

Aber nicht nur in die Theodor-Heuss-Schule wird kräftig investiert auch unsere anderen Schulen stellen sich in einem sehr guten Ausbau- und Ausrüstungszustand dar, der weiter verbessert wird. Wie das am Schluss aussehen kann zeigt unsere Carl Orff Schule, die mithilfe der Dietmar Hopp Stiftung zu einem wahren Schmuckstück geworden ist. Für unser Gymnasium werden jetzt zum Beispiel 350.000 € für Bau und Neuausstattung eines Chemiesaals zur Verfügung gestellt. Ich bin ganz sicher, dass sich der Ausbau und Ausstattungszustand gerade unseres Gymnasiums absolut sehen lassen kann und im Vergleich mit anderen Gymnasien sicher eine vordere Position einnimmt. Dass die Zahl der Neuanmeldungen dort uns nicht zufrieden stellt, ist weit überwiegend der Tatsache zu verdanken, dass wir ein dem gesetzlichen Regelfall entsprechendes Gymnasium, also G8 betreiben müssen, während anderwärts im Rahmen eines Schulversuchs das zwar von der Mehrheit der Eltern bevorzugte aber von der Landesregierung entgegen dem Elternwillen abgelehnte G9-Projekt praktiziert werden darf. Die Frage der Attraktivität der Schule hängt aber nicht ausschließlich von G9 ab. Vielleicht spielt bei der Frage der Attraktivität auch die Schülerbeförderung eine Rolle, was nach unserer Meinung durchaus eine nähere Untersuchung wert wäre. Und eine Neustrukturierung der Schülerbeförderung könnte vielleicht wieder zu einer Steigerung der Schülerzahlen führen und würde sicherlich auch der Realschule zugute kommen. Spätestens sobald die Linienbündel neu ausgeschrieben werden, würde sich eine gute Gelegenheit ergeben, eine Neugestaltung zu überprüfen. Unsere Fraktion wird darauf zurückkommen.

Das Projekt Bauhof ist teilweise abgeschlossen, der Bauabschnitt I steht und wir hoffen, dass auch die Außenanlage irgendwann einmal fertig gestellt ist. Der zweite Bauabschnitt wird zu einer weiteren Verbesserung der Arbeitsbedingungen der dortigen Mitarbeiter führen. In diesem Zusammenhang hoffe ich, dass auch die über 1 Million, die wir für den Fuhr- und Maschinenpark des Bauhofs tätigen nicht nur zu einer Arbeitserleichterung für die Mitarbeiter, sondern auch zu einer Effektivitätssteigerung führen wird. Auch in Hilsbach und Eschelbach wird durch erhebliche Investitionen im Bauhofbereich für eine ortsnahe Versorgung durch Bauhofleistungen gesorgt werden.

Immer wieder kommt auch der Verkehrssituation in unserer Stadt große, und wie wir meinen, steigende Bedeutung zu. Der Verkehr nimmt, jedenfalls gefühlsmäßig, zu und daher sind Lösungen, vielleicht auch ungewöhnliche, gefragt. Die Untersuchungen, ob vielleicht Kreisverkehre um die Sparkasse herum oder an der Kreuzung Dührener Straße/Hauptstraße eine Verbesserung bringen, sind daher ein Schritt in die richtige Richtung. Die Ergebnisse der Untersuchungen werden abzuwarten bleiben.

Zur Verbesserung der Verkehrssituation gehören nicht nur Maßnahmen, die den fließenden Verkehr betreffen, sondern auch die konsequente Überwachung des ruhenden Verkehrs. Es muss weiterhin und verstärkt alles dafür getan werden, dass, und zwar auch abends, dass das falsche und verkehrsbehindernde Parken auf Gehwegen oder Fußgängerüberwegen aufhört. Es geht nicht, dass jemand regelmäßig abends sein Fahrzeug auf den Fußgängerüberweg stellt, die Heckklappe öffnet, die Warnblinkanlage einschaltet und dann gemütlich in die daneben liegende Kneipe zum Essen geht, ohne dass so etwas geahndet wird. Gleiches gilt für das vollständige Zuparken der Gehwege in der Wilhelmstraße oder an anderen Stellen. Die Arbeit unserer Vollzugsbeamtinnen und -beamten, die im Hinblick auf die steigende Respektlosigkeit ihnen gegenüber nicht einfach ist, verdient in diesem Bereich unsere volle Unterstützung.

Zur Verbesserung der Situation des ruhenden Verkehrs gehört natürlich auch die Zurverfügungstellung ausreichenden Parkraums am Rande des Stadtkerns. Ich habe es vorhin schon erwähnt: in der Innenstadt oder besser gesagt an ihrem Rand müssen wir uns damit abfinden, dass wir auch nach oben bauen müssen, d.h. in diesem Fall Parkhäuser bzw. Parkdecks brauchen. Ein solches Parkhaus würden wir beispielsweise hinter der Stadthalle sehr begrüßen und wir freuen uns, dass ein solches Projekt auch von der Planerin, die mit der Planung des Bereichs Stadthalle/Karlsplatz Süd beauftragt ist, offensichtlich in ihre Überlegungen mit einbezogen wird. Gerade dort oder im Bereich westlich des Bahnhofs erscheinen uns Parkhäuser bzw. -decks wegen der Nähe zur Innenstadt sinnvoll. Auch in 2017 wird uns das Flüchtlingsproblem, und zwar nicht nur im Zusammenhang mit der Bundestagswahl, sondern vor allem in Form der Anschlussunterbringung, beschäftigen. Man mag zur Flüchtlings- und Einwanderungspolitik der derzeitigen Bundesregierung noch so kritisch stehen. Tatsache ist, die Leute sind hier und müssen anständig untergebracht werden, und die Kommunen sind dafür zuständig. Und daher müssen wir tätig werden. Es muss unbedingt eine Ghettobildung vermieden werden also eine dezentrale Unterbringung erfolgen. D.h. die Verteilung der unterzubringenden Personen muss über die ganze Stadt, also auch die Ortsteile erfolgen. Und zur dezentralen Unterbringung gehört wie wir meinen auch das Projekt Hoffnungshaus, das wir deshalb auch begrüßen und von dem wir hoffen, dass sich die Erwartungen der Hoffnungsträgerstiftung bezüglich des Zusammenlebens der Zuwanderer mit Einheimischen erfüllen. Gleiches gilt auch für das Café am Burgplatz, das von SAM betrieben werden soll. Der Ort, an dem das so genannte Hoffnungshaus gebaut wird mag umstritten sein. Wir haben aber nach unserer Meinung keine andere sinnvolle gangbare Lösung.

Schon jetzt wirft das Jahr 2020 seine Schatten voraus. Die Heimattage in jenem Jahr sind für viele Vorhaben der Fixpunkt, bis zudem sie abgeschlossen sein sollten. Wir wollen die Eröffnungsveranstaltung nicht in einer halbfertigen Stadthalle feiern. Das Dreikönigsquartier inklusive früheres Grundbuchamt und Altes Rathaus sollte spätestens bis dorthin fertig sein. Ebenso die Arbeiten an einem unserer Leuchttürme, nämlich dem Turm der Burg Steinsberg, für die wir auch in diesem Haushalt über 1 Million € bereitstellen. Bis zu den Heimattagen gehe ich auch fest von der Fertigstellung des letzten Bauabschnitts unseres Freibades und des so großzügig von der Dietmar Hopp Stiftung geförderten Sportparks bei unserem Stadion aus.

Soweit ich dies als Laie beurteilen kann gehen die Arbeiten an beiden Baustellen erfreulich zügig voran. Ich könnte mir vorstellen, und ich hoffe das auch, dass viele Besucher der Heimattage mit dem Fahrrad kommen. Wer wie ich häufig mit dem Fahrrad unterwegs ist stellt fest, dass das Fahren mit dem Rad in unserer Innenstadt mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist. Die Erstellung eines Radwegekonzepts ist daher dringend und zeitnah anzumahnen.

Wie immer meine Damen und Herren konnte ich innerhalb der so knapp bemessenen Redezeit nicht auf alles eingehen, was unsere Fraktion bewegt und umtreibt wie zum Beispiel die Personalsituation und die damit verbundenen Kosten oder die Verschuldung unserer Stadt im Kernhaushalt und bei den Werken, die wichtige Frage der Ausrüstung unserer Feuerwehren oder die Kostendeckungsgrade einiger Einrichtungen wie zum Beispiel des Bestattungswesens, Straßen- und Wegebau. Wir machen uns Gedanken über Hochwasserschutz, für den wir wiederum viel Geld ausgeben, Forstwesen, die neu geregelte Vereinsförderung, unsere Musikschule und die Kulturförderung generell. Dazu doch noch zwei Sätze: die Attraktivität einer Stadt besteht nicht nur in schönen Gebäuden, intakten Straßen, gut ausgestatteten Kindergärten und Feuerwehren; auch für Geist und Seele muss etwas getan werden, und dazu gehört die Musikschule und die Kultur generell. Das dafür ausgegebene Geld ist genauso gut angelegt wie zum Beispiel dasjenige für den Kauf eines Notstromaggregats.

Aufgrund der Kürze der Zeit kommen zwangsläufig auch die Werke zu kurz, zu deren Wirtschaftsplan ich nur noch feststellen möchte, was die Bürgerinnen und Bürger allerdings besonders interessieren dürfte, dass wir erfreulicherweise zumindest in diesem Jahr unsere Wasser- und Abwassergebühren nicht erhöhen müssen.

Zu guter Letzt möchte ich mich, einer guten Tradition folgend, bedanken bei allen Amtsleitern sowie dem Leiter der Stadtwerke und ihren MitarbeiternInnen, mit denen wir im ablaufenden Jahr zu tun hatten, und die immer ein offenes Ohr für uns hatten. Besonders erwähnen möchte ich hierbei Herrn Fulgner und Frau Metzinger für ihre, nennen wir es einmal Betreuungs-tätigkeit. Besonderen Dank an die Dezernenten Herrn Schutz und Herrn Landwehr und besonderen Dank für die gute Zusammenarbeit natürlich auch unserem OB. Alle drei haben ja, so sieht's zumindest von außen aus, die Lust an dem aufreibenden Job noch nicht verloren, trotz der Schläge auf den Hinterkopf, die oft in Form von heftiger und z.T. unberechtigter Kritik auf sie niederprasseln. Im Gegenteil, sie scheinen durchaus noch Lust an der Sache zu haben. Das wäre sicher anders, wenn, was es ja auch gibt, der Gemeinderat die Konfrontation suchen würde, indem beispielsweise gegenüber der Verwaltungsspitze dauer- und ernsthaft der Vorwurf erhoben würde, man herrsche wie in einer Bananenrepublik. So aber habe ich das Gefühl, dass die beiden Verwaltungsorgane, hier der geringfügig entschädigte Gemeinderat und dort die auskömmlich besoldete Verwaltungsspitze, doch wirklich gut zum Wohl unserer Stadt zusammenarbeiten, auch wenn wir manchmal deutlich abweichende Auffassungen vertreten.

Und so fällt es der Fraktion der Freien Wähler in diesem Jahr nicht schwer, dem Haushalt der Stadt Sinsheim und dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke zuzustimmen.

Ihnen allen meine Damen und Herren wünsche ich im Namen unserer Fraktion ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für das neue Haushaltsjahr.